

Europas Doppelkrise

Flüchtlinge und keine Wertegemeinschaft

Von Gerd Eisenbeiß, 24. Juni 2018

***Persönliches Vorwort:** die folgende Analyse dürfte leicht missverstanden werden; sie gibt nicht meine persönliche Meinung über die angemessene Behandlung von Flüchtlingen wieder. Ich bleibe als liberal und humanitär gesinnter Demokrat bereit, weitere Flüchtlinge nach geltendem Recht aufzunehmen, ich sehe darin keinen direkten Nachteil für mich. Ich habe früher schon geschrieben, ich hätte keine Angst vor Flüchtlingen, sondern nur vor den Deutschen, b.z.w. Europäern, die anders reagieren, als ich es mir wünsche, nämlich mit Ablehnung und Unterstützung demokratie-gefährdender Agitatoren und Parteien. Und da muss ich sagen, dass mir die Erhaltung der liberalen Demokratie und der Europäischen Integration denn doch wichtiger ist, als das bedauernswerte Schicksal abgewiesener Flüchtlinge.*

Es gilt, ein paar grundlegende Fakten auszusprechen und als Ausgangspunkt für alles Weitere anzuerkennen:

- Keine Regierung in der EU will wirklich Flüchtlinge aus fremden Regionen
- Niemand hat ein Rezept, Fluchtursachen zu beseitigen
- Das internationale und nationale Recht von Flüchtlingen auf Asyl oder nur Schutz verliert durch Abschottung an den Grenzen seine Gültigkeit¹.

Bis auf wenige liberale und humanitäre politische Kräfte, unter anderem Angela Merkel, sind sich die europäischen Regierungen praktisch einig, möglichst keine Flüchtlinge mehr in die EU zu lassen. Die weitgehend erfolgreiche Abschottung von Ceuta und Melilla sowie der Balkanroute zeigt, dass diese Politik weithin akzeptiert ist.

Offen ist nur mehr die gefährliche Mittelmeerroute nach Malta und Italien sowie Spanien und ggf. türkei-abhängig Griechenland.

Das Dublin-System ist mangels Solidarität der Mitgliedstaaten zusammengebrochen; man hat Italien, Malta und Griechenland mit den Boots-Flüchtlingen allein gelassen. Ungarn hat als Grenzland den Strom zunächst nach Österreich und Deutschland weitergeleitet und dann eine Mauer wie die Spanier errichtet - ja, man hat die nach Ungarn kommenden Flüchtlinge so drangsaliert, dass dies u.a. Grund für die Bundesregierung war, 2015 die Grenzen nicht zu schließen.

¹ Das internationale Flüchtlingsrecht wie auch das die Seenotrettung betreffende Recht sind in Zeiten entstanden, wo weder an Massen-Migration noch an die Rettung von Menschen gedacht wurde, die sich bewusst in Seenot begeben, um eine Einwanderung anderswo zu erzwingen.

Jetzt steht die EU nicht nur wegen Seehofers Abweisungsabsicht vor dem Ende der Schengen-Freizügigkeit, denn wer alle (!) Grenzübergänge kontrollieren will, behindert alle grenzüberschreitenden Bürger und Warentransporte. Dasselbe wird dann natürlich auch an den Grenzen Österreichs und Tschechiens gegenüber seinen Nachbarn passieren und so weiter! Wenn aber die Grenzen so offen bleiben, wie sie zurzeit gerade noch sind, wird Deutschland noch eindeutiger Zielland Nr. 1 sein - vielleicht sogar das einzige Land, das Flüchtlinge noch aufnimmt.

Es scheint also glasklar: entweder die Außengrenzen werden dicht oder die EU-Freizügigkeit steht vor ihrem Ende - mit oder ohne Seehofers Grenzregime.

Es kann also nur eine Einigkeit der EU in Flüchtlingsfragen geben: die Abwehr aller Flüchtlinge durch eine Politik, wie sie zurzeit Mateo Salvini als italienischer Innenminister betreibt: Schließung der Häfen für Rettungsschiffe, ggf. Beschlagnahme der Boote; Malta scheint das mitmachen zu wollen.

Diese Politik ist klar rechtswidrig und inhuman; sie widerspricht dem Seerecht wie auch anderen Flüchtlingsrechten des humanitären Völkerrechts; das wird Salvini nicht kümmern, zumal er deutlich steigende öffentliche Zustimmung in Italien findet. Die beabsichtigte Konsequenz ist, die Todeszahlen auf der Mittelmeerroute so ansteigen zu lassen, dass Flüchtlinge an der nord-afrikanischen Küste gar nicht mehr in Boote steigen - mit entsprechendem Rückwirkung auf die Gebiete, aus denen die Menschen an die Küste fliehen.

Die unheilvolle Flüchtlingsfrage ist eng verknüpft mit der zweiten Krise: nicht nur bei Asyl und Flüchtlingsrechten, sondern auch bei anderen Grundlagen einer rechtsstaatlichen Demokratie ist die Wertegemeinschaft in der EU zerbrochen². Mindestens mit Ungarn, Polen und Rumänien (wenn nicht einigen Staaten mehr) sind Mitglieder auf dem Weg weit fortgeschritten, die Unabhängigkeit der Justiz und die faktische Medienfreiheit zu beseitigen. Der Pegel illiberaler Politikzustimmung steigt unaufhörlich nicht nur in den östlichen Mitgliedstaaten, sondern auch in Deutschland mit 15% in Baden-Württemberg, 30% in Sachsen und der CSU sogar in der Regierung, von Frankreich, Belgien, Niederlande ganz zu schweigen und auch in den nordischen Länder gibt es keine Mehrheiten mehr ohne völkisch argumentierende, rechtskonservative Populisten.

Überall hat die Flüchtlingsfrage, oft gekoppelt mit der speziellen Ablehnung islamischer Migranten, als Treibsatz gedient für Bewegungen und Führer, die

² Nicht zu vergessen: auch der unglückselige BREXIT wäre ohne die ausländerfeindliche Agitation der EU-Gegner nicht mehrheitsfähig gewesen.

dann auch andere rechtsradikale, illiberale, nationalistische, ja sogar rassistische Argumente wieder sagbar gemacht haben. Es sind Feinde der Demokratie, die - siehe Polen - mit perfiden Wahlkampfstrategien die Macht erstreben, die Demokratie zugunsten einer völkischen Regierungsform abzuschaffen, in der Opposition als Verrat und Rechtsstaatlichkeit als Schwäche gegen den Feind bezeichnet wird.

Dabei scheint die EU als Wirtschaftsgemeinschaft nicht primär gefährdet; sie bringt zu viele Vorteile für alle. Auch die neue Regierung Italien wird weder die EU noch den EURO zur Disposition stellen, aber für eine wünschenswerte Vertiefung der EU mit mehr Mehrheitsbeschlüssen und mehr Parlamentsrechten, vielleicht auch mehr Risiko-Teilung in sozialen und finanziellen Bereichen fehlt weithin die Bereitschaft.

Gleichwohl kann man sagen, die EU funktioniert in sehr vielen Bereichen gut, nur ihr Ausbau gelingt zurzeit nicht. Und in der Flüchtlingsfrage kann es wieder zur Gemeinsamkeit kommen, wenn alle anerkennen, dass Flüchtlinge unerwünscht sind und ohne Rücksicht auf das humanitäre Völkerrecht abgewehrt werden müssen.